

Protokoll:

Rm Enger (Bündnis 90/Die Grünen) begründet den Antrag.

Bürgermeisterin Hammes-Rosenstein trägt die Stellungnahme der Verwaltung vor (ST/0144/2014).

Rm Contento (CDU) pflichtet dem bei. Es gebe bereits eine sehr enge Zusammenarbeit, auch mit dem Beirat für Migration und Integration.

Rm Schmidt (SPD) weist darauf hin, dass im Bisholder (Güls) ein runder Tisch im kleinen Stile praktiziert werde. Diese Bürgerversammlung sei sehr erfolgreich gewesen. Auch die Zusammenarbeit mit der Verwaltung funktioniere sehr gut.

Rm Enger (Bündnis 90/Die Grünen) argumentiert, sie wolle nicht die bestehenden Strukturen angreifen, aber man müsse sich auf weitaus größere Dimensionen vorbereiten. Die bestehenden Strukturen müssten ausgebaut werden sowie Öffentlichkeit geschaffen werden.

FBG- Fraktionsvorsitzender Gniffke fragt, wie es bezüglich der Mitteilung der Kirche aussehe, dass zwei Gemeindehäuser zur Verfügung stünden.

Bürgermeisterin Hammes-Rosenstein berichtet, dass sie bereits im Februar viele Institutionen angeschrieben habe, darunter auch die katholischen und evangelischen Kirchen. Bis heute habe sie noch kein offizielles Antwortschreiben vorliegen. In der Presse habe das Dekanat der Verwaltung Ratschläge gegeben, was zu tun sei, aber keine Taten seien gefolgt. In der Verwaltung sei kein Schreiben bekannt. Daraufhin habe sie nochmals ein Schreiben an das Dekanat gerichtet.

Rm Pilger (SPD) erläutert, er habe ein Schreiben an den Bischof Ackermann in Trier verfasst und darum gebeten ein Signal zu setzen und Flüchtlinge auch in Pfarrhäuser aufzunehmen. Daraufhin habe er die Antwort erhalten, dass die Stadt Koblenz die Information erhalten habe, dass zwei Pfarrhäuser zur Verfügung gestellt worden wären. Irgendwo müsse dieses Schreiben hängen geblieben sein. Er werde den Bischof bitten, das Schreiben noch einmal zu erneuern und der Verwaltung erneut zukommen lassen.

Rm Wiechmann (Bündnis 90/Die Grünen) schlägt vor, man solle sich gemeinsam an einen Tisch setzen. Daher der geforderte Antrag. Sollen Missverständnissen müsse vorgebeugt werden.

Bürgermeisterin Hammes-Rosenstein verdeutlicht, jeder sei herzlich eingeladen mitzumachen und sich für die Asylbewerber einzusetzen. Ein neues Gremium mache allerdings keinen Sinn und sei nicht zielführend.

